

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2,50 M., halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,30 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 694, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Osterbahnstraße 2 / Fernspre. Amt Dresden Nr. 17 250 / Druckanstalt: Arbeiterstimme Dresden / Streichstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die einmal gebaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abwechslung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 10. Oktober 1928

Nummer 238

## Goldschmidt kauft den „Vorwärts“

Die feindlichen Brüder enthüllen / Für 800 000 Mark kauft die Darmstädter Bank die „Gefinnung“ des Vorwärts / Geheime Bedingungen / Parole gegen die Kommunisten für Unternehmergelder

### Das gefaufte Zentralorgan

Schon gestern hatten wir auf eine am Sonnabend in der Volkszeitung enthaltene Schimpftirade über unsere Zeit-  
schaltung des Ausbaus der SPD-Sekretariate mit Unternehmerrgeldern geantwortet. Wir stellten fest, daß die SPD von Erdmann 250 000 Mark Wahlgebidet bekam, damit sie auch eine Wahlparole gegen links aufnehme. Die Ankündigung über die kommunistischen Geldquellen war wohl ein Schreckschuß der feindlichen Parteien. Wir fragten schon, wie es denn mit dem Rubel? Geld; erklärte aber die Volkszeitung am Sonnabend, ja wir nehmen Unternehmergelder an, lassen uns dafür aber nicht die Politik vorzeichnen. Diese freche Behauptung hat nun gestern den Volksstaat, den wir auch als Quelle für unsere Behauptung angesehen, wieder auf den Plan gerufen. Wir bestehen uns auf den Volksstaat, wir betonen das hier nochmals, weil die dort stehenden Leute als frühere Sekretäre die Vorgänge in der SPD ja sehr gut kennen müssen.

Der Volksstaat enthüllt nun gestern aufs neue, er bestätigt dabei unsere Angaben in vollem Umfange. Aber noch mehr. Der Volksstaat enthüllt auch:

daß das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, von der Darmstädter- und Nationalbank für 800 000 Mark gekauft ist.

Der Volksstaat schreibt gestern:

„Die Dresdner Volkszeitung polemisierte in ihrer Nummer vom vorigen Sonnabend gegen die „Arbeiterstimme“, die wiederum darauf hingewiesen hatte, daß die Sozialdemokratie von Karl Erdmann 250 000 Mark, von Barman allein für 200 000 Mark empfangen habe. Sie bestreitet diese Tatsachen heute nicht mehr; vor nicht allzulanger Zeit wollte dieses Blatt es ableugnen, jenes Geld empfangen zu haben. In gemundenen Sätzen aber ließ sie ihren Lesern eingureden, daß man von kapitalistischen Geldgebern Summen entgegennehmen dürfe, wenn es sich bei diesen Geldgebern nur um Parteigenossen handle. Das Wahlscheiße sei, daß dabei keine Bedingungen vorzuschreiben zu lassen, wie es bei der NSD der Fall gewesen sei.“

Mit dieser inkriminierenden Äußerung will sich die Dresdner Volkszeitung aus der ihr unangenehmen Situation befreien.

Über diese Verkündung der NSD durch die Dresdner Volkszeitung können wir mit Verachtung hinweggehen. Wir können es um so mehr, als wir umgekehrt wissen, daß die SPD sich gegen Geldbedingungen unterworfen hat. Bei den Reichstagswahlen 1920 hatte zuerst Scheidemann die Wahlparole ausschließlich gegen rechts ausgegeben. Damals brachte Erdmann Geld und stellte noch anderes Geld in Aussicht, falls die SPD auch eine Wahlparole nach links aufstelle. Einige Tage darauf gab der Vorwärts die geforderte Parole gegen links aus: die Quittung für das Erdmann-Geld trägt das Datum des 22. Mai 1920; am selben Tage veröffentlichte der „Vorwärts“ auch schon die neue Parole.

Zum Schluß noch eine Frage: Ist auch Jakob Goldschmidt von der Darmstädter und Nationalbank sozialdemokratischer Parteigenosse? Von ihm hat nämlich der „Vorwärts“ kürzlich 800 000 Mark empfangen. Die Tatsache ist unlängst sogar vor Gericht festgestellt worden. Noch nicht festgestellt allerdings wurde, unter welchen Bedingungen der „Vorwärts“ dieses Geld empfing. Man braucht indes nur die allgemeine politische Linie des „Vorwärts“ zu beobachten, um sich seinen Verräter machen zu können.“

Hier wird die gesamte politische und materielle Korruption der SPD enthüllt. Das Zentralorgan, der Vorwärts, zeigt sich als gefautes Blatt. Gefaust von den Kapitalisten zum Kampfe gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Gefaust zeigt sich damit die gesamte Sozialdemokratische Partei.

Für 250 000 Mark wurde der Kampf gegen die revolutionären Arbeiter aufgenommen. Für 800 000 Mark führt der Vorwärts die Panzerkreuzerpolitik. Für 800 000 Mark und das, was sie sonst noch erhalten, vertreibt die SPD den wunden deutschen Imperialismus, betreibt sie Kriegerstützungen und Aufrüstungshege.

Diese Partei ist korrupt durch alle Glieder. Bei den Wahlen in Berlin, bei den Wahlen in Sachsen. Und diese Partei,

die von den Kapitalisten gekauft ist, weagt es, über Korruption bei der KPD zu jammern! Jeder Arbeiter weiß, daß die KPD mit der Korruption Schluß macht, daß sie rückwärtslos gegen jeden einzelnen Fall, der auch in ihren Reihen einmal auftreten kann, vorgeht. Wo hätte die SPD je ihre prominentesten Führer perliert, heißt wenn diese nur einen günstigeren Zeitpunkt für die Erledigung einer solchen Angelegenheit wahrzunehmen hätten?

Nein, bei der SPD können alle die, die korruptiert sind, bleiben. Hellmann, der Barman-Aufsichtsrat, ist Führer der preußischen SPD-Fraktion.

Die Behauptungen des Volksstaates über den Kauf des Vorwärts und der Kampfparolen gegen die revolutionären Arbeiter zeigen für jeden Arbeiter deutlich, was er von dieser Partei zu halten hat. Diese Partei ist korruptiert, sie ist mit den Kapitalisten verbunden. Sie kämpft um lächerliche Bezüge gegen die Arbeiterinteressen. Sie führt im Unternehmerrgeld die Arbeiter in die Irre.

Mit Verachtung müssen sich die Arbeiter von dieser Partei abwenden. Die Arbeiter werden jetzt verstehen, weshalb die SPD das Volksbegehren bekämpft: weil sie dafür von den Kapitalisten bezahlt wird.

Klassenossen, geht die Antwort! Nur noch wenige Einzelnenstände sind übrig. Zeichnet euch ein zum Volksbegehren. Nehmt den Kampf auf gegen die Kriegstreiber. Gegen die Imperialisten und ihre gefausten Helfer!

### Ein SPD-Blatt gegen den Vorwärts

Das sozialdemokratische Volksblatt für Spandau und das Havelland bringt auf der ersten Seite einen Bericht über die Rundfunkstunde und knüpft daran einige Bemerkungen des Chefredakteurs dieses Blattes, A. Sellig, in denen es heißt:

„Es hat wirklich keinen Zweck, sich, wie der Vorwärts, über die Vorgänge Spaltenlang zu entleeren und von der „Entwürdigung und Verachtung aller ausständig denkenden Menschen“ zu jammern. Wir kennen eine ganze Menge ausländischer Menschen, die vor Lachen fast Krämpfe bekommen haben, als sie am Montag morgen diese Wündergeschichten in den Zeitungen lasen.“

### „Traurige Philister“

Köln, 10. Okt. (Fig. Drohtbericht.)

Im Gegensatz zum Vorwärts, der wegen des Rundfunkstreiks sich nicht anders zu helfen weiß, als über Banditentum zu jammern und noch dem Staatsanwalt zu rufen, schreibt die sozialdemokratische Rheinische Zeitung:

„Nur keine Entrüstung! Wir wären traurige Philister, wenn wir nicht über diese kommunistische Lausubengeschichte mit hochdramatischer Kinoeinlage von ganzem Herzen lachen könnten. Den Erfolg eines guten Wihes soll man auch dem Gegner zugestehen.“

## Das Präsidium des ERK zu Hamburg

Das Präsidium des ERK hat mit Hilfe einer Kommission alle mit der Angelegenheit des früheren Hamburger Volkssekretärs Witztorf zusammenhängenden Fragen auf das gewissenhafteste untersucht und nach Berichterstattung der Kommission die r. u. gestern veröffentlichte Resolution einstimmig und ohne Stimmenthaltungen beschlossen.

Die Resolution stellt zunächst fest, daß das Zentralkomitee richtig gehandelt hat, als es Witztorf aus der Partei ausgeschlossen hat. Dagegen lehnt das Präsidium des ERK die Bestätigung des Zentralkomitees gegenüber dem Genossen Thälmann ab. Der Fehler im Verhalten des Genossen Thälmann bei den Hamburger Vorparolen bestand darin, daß er nicht sofort dem Zentralkomitee Mitteilung von der Unterzeichnung Witztorfs machte, als er hiervon Kenntnis erhielt. Das Präsidium stellt jedoch ausdrücklich fest, daß weder der Genosse Thälmann noch die drei Hamburger Funktionäre, die Genossen Rieh, Bröckje und Schütz, auch nur im entferntesten daran dachten, die Angelegenheit zu vertuschen. Die Untersuchung hat ergeben, daß die vier Genossen sich so verhalten haben, daß der Vorwurf der Bedung der Verleumdungen von Witztorf ihnen gegenüber nicht in Frage kommen kann. Die Resolution stellt aus diesem Grunde fest, daß die genannten Genossen „ausgeschlossen aus dem Bestreben heraus, den Zeitpunkt und die Form für die Mahnung Witztorfs so zu wählen, daß die öffentliche Erledigung der Angelegenheit mit möglichst geringem Schaden für die Partei erfolge und von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie nicht dazu ausgebeutet werde, der KPD und der Komintern die Durchführung der äußerst wichtigen Kampagne zu erschweren“, d. h. aus Sorge um die Partei, aus dessen Motiven gehandelt haben.

Im dritten Absatz der Resolution wendet sich das Präsidium des ERK entschieden gegen das Verfahren und die Art der Erledigung des Falles durch die Beschlüsse des ZK. Ehe das ZK die Angelegenheit dem ERK unterbreitet hatte, hat es in diesem Falle Urteile gefällt und diese Urteile der Öffentlichkeit preisgegeben, so daß das ERK vor eine vollendete Tatsache gestellt wurde und lediglich als Revisioninstanz wirken konnte. Aufgabe des ZK wäre es gewesen, das ERK vor der entscheidenden Behandlung des Falles zu benachrichtigen und mit ihm zusammen die Angelegenheit im Interesse der Partei zu erledigen. Diesen notwendigen Schritt hat das ZK unterlassen und damit ein Verfahren vorgenommen, das mit der internationalen Disziplin der Kommunistischen Weltpartei nicht im Einklang steht.

Das Präsidium des ERK ist weiter der Ansicht, daß das ZK die Partei im Stadium des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und gegen die Klassenfeinde wenige Tage vor dem Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern unter keinen Um-

ständen einer solchen Beschlusnahme aussetzen durfte, wie das durch die veröffentlichten Beschlüsse gelehrt ist. Das ZK hätte sich nicht durch das Gefühl des Reuegenen Irthums und der sozialdemokratischen Inkohärenz der Bourgeoisie in seinen Entscheidungen beeinträchtigen und zu unüberlegten Handlungen verleiten lassen dürfen.

Das Präsidium des ERK stellt vor allem die wirklichen Ursachen und die Hintergründe fest, die zu dem großen Fehler in den Beschlüssen des ZK geführt haben. Hier wird offen und unumwunden ausgesprochen, daß das ZK einem ordinären Fraktionsmanöver zum Opfer gefallen ist. Dieser Fraktionsmanöver, der dadurch Kraft erhielt, daß die Rechten und die verführerischen Gruppen innerhalb der Partei einheitlich auftraten, hat der Partei den größten Schaden zugefügt. Diese Mitglieder des ZK, die auf dem Boden der Parteimehrheit stehen, haben nicht sofort die wirklichen politischen Hintergründe des fraktionellen Vorgehens gesehen und liegen sich zu unverständlichen Beschlüssen verleiten, die abseits gegen die politische Linie der Partei und der Komintern gerichtet waren. Nachdem die Rechten und die verführerisch getrimmten Genossen durch die Beschlüsse des 6. Weltkongresses verurteilt waren und nachdem die Kongressbeschlüsse es der KPD zur Pflicht machten, einen entscheidenden Kampf gegen die Träger der rechten Strömungen, wie auch zur Überwindung der verführerischen Strömungen aufzunehmen, Schritten beide Gruppen noch vor der Berichterstattung im Kreise der Mitgliedschaft dazu, durch den hinterhältigen Ueberfall gegen den Genossen Thälmann die Mehrheit der Partei in Verwirrung zu bringen und die disziplinierte Durchführung der Kongressbeschlüsse innerhalb der Partei zu verhindern. Das war der strategische Plan des Blokes der Rechten und der verführerischen Gruppe. Das ERK stellte diese scharf behafteten Tatsachen fest an Hand des Materials, wie es aus den verstreuten Sitzungen des Pol-Bureaus und des ZK vorlag, in denen die Vertreter der Rechten und einige Verführer ganz offen die Liquidierung der Beschlüsse des 6. Weltkongresses forderten.

Das Präsidium des ERK begnügt sich nicht damit, den schweren Fehler in den Beschlüssen des ZK zu korrigieren, sondern es verlangt auch, um ähnlichen Vorkommnissen in Zukunft vorzubeugen, entsprechende Garantien im Wege von organisatorischen Maßnahmen. Diese Garantien sollen bestehen in einer solchen Zusammenlegung der leitenden Parteifunktionäre, die eine Gewähr dafür bieten, daß keinerlei fraktionelle Uebergriffe mehr möglich sind und in einer scharfen Kampagne zur Liquidierung aller fraktionellen Gruppen sowie zur Liquidierung aller rechten Tendenzen und aller verführerischen Strömungen.

Das Präsidium stellt ausdrücklich fest, daß das ZK der Partei unter der Führung des Genossen Thälmann sowohl

# Karl Schulz (M.d.L.) Berlin, Sekretär des Reichsausschusses für Volkseinstellung

## der Sprecher im Rundfunk

spricht morgen, 19 Uhr, in den Annensälen, in einer Betriebsräte-Vollversammlung